

Jahren 1925 und 1926 war es dank der fortschreitenden Rationalisierung der Arbeits- und Herstellungsmethoden möglich, die Produktion sowohl der Kraftwagen, wie der Personen-, Last- und Lieferwagen beträchtlich zu steigern. 1927 hat sich die Produktion der letzteren um 18 Prozent, die der Kraftwagen um 60 Prozent, die der Personenwagen sogar um 120 Prozent gesteigert. Ist auch der Absatz nicht im gleichen Verhältnis gestiegen, so kann doch mit Genugtuung festgestellt werden, daß trotz der starken Wettbewerbseinstellungen des Auslandes der Export deutscher Wagen in den ersten neun Monaten 1928 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 6176 Automobilen gegen 2679 und 4210 Kraftwagen gegen 3109 gestiegen ist. Das Streben der heimischen Produzenten wird in Zukunft in steigendem Maße dahin gehen müssen, durch weitere Vereinheitlichung der Wagentypen und Qualitätssteigerungen bei gleichzeitiger Preiswürdigkeit dem deutschen Erzeugnis im In- und Ausland mehr und mehr Eingang zu verschaffen und den prozentualen Anteil der ausländischen Wagen, der heute immer noch 25 Prozent der deutschen Gesamtproduktion beträgt, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

— (Bußtag und Totensonntag als geschlossene Zeiten.) 1. Für Tanzveranstaltungen an öffentlichen Orten, in Privathäusern oder in den Räumen geschlossener Gesellschaften gelten Bußtag, Totensonntag und der Vorabend des Totensonntags als geschlossene Zeiten. An diesen Tagen dürfen Tanzveranstaltungen nicht stattfinden. Ausnahmebewilligungen sind nicht zulässig. 2. Für Musikaufführungen und andere geräuschvolle Vergnügungen an öffentlichen Orten gelten Bußtag und Totensonntag ebenfalls als geschlossene Zeiten. An diesen Tagen darf nur eine ernste Musik geboten werden. 3. Für theatralische und kinematographische Vorstellungen gelten die entsprechenden Bestimmungen wie unter 2. An diesen Tagen sind nur Vorstellungen gestattet, die dem Geiste des Tages entsprechen. Insbesondere ist die Aufführung von Lustspielen, Pöffen, Schwänken, Revuen und dergleichen unzulässig. Die geschlossene Zeit beginnt in den Fällen zu 1 am Totensonntag nachts 12 Uhr, am Vorabend des Totensonntags nachmittags 6 Uhr und an den übrigen Tagen nachts 1 Uhr, in den Fällen zu 2 und 3 früh 6 Uhr. Sie endet in allen Fällen nachts 1 Uhr.

— (Faltsche Einmalkstücke) sind seit einiger Zeit im Umlauf. Die Geldstücke sind anscheinend aus einer Messinglegierung, die leicht versilbert ist, hergestellt, so daß die Prägung mehr oder weniger stark durchschimmert. Die Ränder sind rund und die Düngebohrung darauf nur eingekerbt. Der Adler auf der Rückseite ist sehr mangelhaft. Vor Annahme wird gewarnt. Faltsche Stücke sind nicht weiterzugeben, sondern der Kriminalpolizei zu übergeben.

— (Änderung des sächsischen Wahlrechts.) Befamlich hat die Regierung dem Zentrum verprochen, als Gegenleistung für die Zurückziehung von dessen Klage beim Staatsgerichtshof entsprechend dessen früheren Entscheidungen die Sicherstellung von 3000 RM für Wahlvorschläge von Parteien, die im Landtag nicht vertreten waren, fallen zu lassen, und auch die Frage der Unterschriftenzahl neu zu regeln. Diese Vorlage ist jetzt in Vorbereitung.

— (Neuer Landtagspräsident?) Das Befinden des seit Monaten schwer kranken sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Schwarz hat sich aufs neue verschlechtert. Er befindet sich wieder im Krankenhaus. Man rechnet in Dresden politischen Kreisen kaum noch mit einer Genesung. Selbst wenn aber Schwarz die Gefahr überwinden sollte, wird er nicht vor Ablauf mehrerer Monate seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen können. Man erwartet daher für die nächste Zeit eine Neuwahl des Landtagspräsidenten. Es steht noch nicht fest, ob wieder ein Sozialdemokrat gewählt werden wird, wenn auch die sozialdemokratische Partei als stärkste den Anspruch darauf von neuem erheben wird. Die Regierungsparteien, die die Mehrheit im Landtag besitzen, haben sich mit dieser Frage noch nicht befaßt können, da einstweilen noch kein Rücktrittsgesuch oder Mandatsverzicht des bisherigen Präsidenten vorliegt. Bald dürfte aber diese Frage akut werden. Für den Fall, daß Schwarz auf Veranlassung seiner Parteifreunde das Mandat niederlegen sollte, würde an seiner Stelle auf der sozialdemokratischen Liste der Schlosser Oswald Güttler in Neugersdorf in den Landtag neu eintreten.

— (Zugaben als unlauterer Wettbewerb.) Viele Kaufleute betrachten als besonders wirksame Reklame das Angebot von Zugaben zu den bei ihnen gekauften Waren. Sie gehen dabei davon aus, daß das Publikum lieber die Ware kaufen wird, wenn es statt der auf die Ware einzukalkulierten Reklamekosten dafür eben andere Gegenstände erhält, die von bleibendem Werte sind. Bei einer solchen Zugabe zu den bei ihm gekauften Waren muß der Kaufmann besonders vorsichtig sein, wenn er nicht mit den Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb in Konflikt geraten will. Ein solcher unlauterer Wettbewerb liegt vor, wenn der Kaufmann bei seinem Angebot falsche Mitteilungen macht, insbesondere damit den Anschein eines besonders günstigen Angebotes erweckt, dieses in Wirklichkeit aber nicht der Fall ist. Der Verkäufer muß also, um nicht gegen das unlautere Wettbewerbsgesetz zu verstoßen, seine Waren mit der Zugabe zu einem Preise verkaufen, der sich innerhalb der Grenzen hält, in denen Waren gleicher Art und Güte von Geschäften ähnlichen Ranges an gleichen Plätze zur selben Zeit verkauft zu werden pflegen. Ist das nicht der Fall, so erweckt er entgegen den tatsächlichen Verhältnissen den Anschein eines besonders günstigen Angebotes (Verstoß gegen § 3 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb). Ein Kaufmann, der sich die Reklamekosten spart und statt des hierfür in die Preisbemessung einzuführenden Betrages, ohne den üblichen Preis zu erhöhen, Gutsscheine für Zugaben aushändigt oder die Hauptware zu einem um den Wert der Zugabe resp. der

## Eine Westarp-Rede

Berlin, 11. November. Der Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin seinen diesjährigen Landesparteitag ab. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, sprach über „10 Jahre republikanische Unfreiheit“. Nach einem geschichtlichen Rückblick stellte der Redner zunächst fest, daß die Ereignisse des November 1918 als eine Tat der Schwäche und der Unterwerfung unter Feindesdiktat zu bezeichnen seien. Widerstand gegen den damals zum System erhobenen Absolutismus der Parteiherrschaft, wie Kampf gegen die dadurch zur Macht gelangte Sozialdemokratie aller Schattierungen, sei die November-Parole der Deutschnationalen. Was etwa in den letzten 10 Jahren an der Besserung erreicht worden sei, sei nicht Dank, sondern trotz des Systems von den Volkskräften errungen worden, die das kaiserliche Deutschland groß und stark gemacht hätten. Unfreiheit und Unruhe, Not und Zerküftung beständen unverändert fort. Das Aufblühen der Wirtschaft, von dem geredet werde, sei ein auf Auslandskredit errichtetes Gebäude, das täglich durch hereinbrechende Stürme umgeworfen werden könne. Alle pessimistischen Voraussagen bezüglich der Reparationsverhandlungen seien erfüllt oder noch übertroffen worden. Vor den Gefahren der durch das Abkommen vom 16. November eingeleiteten Reparationsverhandlungen könne nicht genug gewarnt werden. Die Gegner gingen, wie stets, mit Vernichtungs- und Siegewillen an die Verhandlungen heran. Graf Westarp wandte sich dann der Frage der Verfassungsreform zu. Dabei müsse an die Quelle des Übels gegangen werden. Der Absolutismus der auf Massenpopulartät angewiesenen Parteien müsse an der Wurzel getroffen werden. Graf Westarp erinnerte dabei an den Grundgedanken des deutschnationalen Reformplanes, der hinausgehe auf die Beseitigung der bindenden Kräfte der Mißtrauensvoten in Reich und Ländern, also auf Aenderung der Artikel 54 und 17 der Reichsverfassung, und der sich verdichtet habe zu der Wahlparole: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“. Auch der Stahlhelm fordere die Aenderung des Artikels 54 und wolle dies durch Volksbegehren beantragen; nun müsse mit allen Mitteln weiter gearbeitet werden. Am wichtigsten sei es, die im deutschen Volke lebendig gewordene Ueberzeugung, daß es so nicht weitergehe, auf den rechten Weg zu leiten. Das sei möglich durch ununterbrochene Aufklärungsarbeit aller nationalen Kreise. Der Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß alle Probleme des konfessionellen Staatsideals in dem Grundgedanken münden: In der heutigen Zeit der Entehrung und Unterdrückung durch fremde Gewalten und der Zerküftung im Innern stehe keine Aufgabe, kein Ideal höher als die Geschlossenheit des deutschen Volkes im alten Frontkämpfergeist und die Befreiung der Nation von Entehrung und Fremdherrschaft.

Gutscheine abläßt, erweckt nicht nur den Anschein eines besonders günstigen Angebotes, sondern er macht tatsächlich ein solches Angebot. Dagegen ist natürlich nichts zu sagen. Geht der Kaufmann aber in der Absicht, sich die Zugabe ganz oder zum Teil besonders bezahlen zu lassen, bewußt über den ortsüblichen Preis der Ware gleicher Art und Güte hinaus, so macht er durch den Ausdruck Zugabe oder gleichbedeutende Anpreisung eine wissentlich unwahre Angabe, die strafbar ist.

Ohorn. (Der Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein) hält am 1. und 2. Dez. d. J. die siebente allgemeine Geflügel- und Kaninchenschau, verbunden mit Bräutierung, im großen, hellen, mit Oberlicht versehenen Saale zur Eiche ab. Damit verbunden ist die vierte Gruppenchau der Züchter von Farben- und Trommeltauben, Sitzsackchen. Fünf Herren von bestem Ruf sind als Preisrichter bestätigt, so daß jeder Aussteller die Gewissheit hat, daß seine Tiere gewissenhaft bewertet werden. Durch niedrige Standgelde wird auch den unbemittelten Züchtern Gelegenheit gegeben, ihre Tiere zu zeigen. Es findet Einzelprämierung mit Qualitätsbewertung statt. 60 Prozent des Standgeldes werden auf v. sg. und g. ausgezahlt und 10 Prozent durch die Preisrichter als Ehrenpreise auf die besten Tiere vergeben. Bei Kaninchen beträgt der 1. Preis 3.— Mk., 2. Preis 2,25 Mk. und 3. Preis 1,50 Mk. Dem Verein steht eine große Anzahl Ehrenpreise zur Verfügung, diese gelangen als Zuschlagspreise zur Vergebung. Spezial- und Gesamtleistungen werden besonders berücksichtigt. Der Verein hofft auf rege Unterstützung seitens der Züchter und Liebhaber und wird nichts unversucht lassen, die Aussteller wie in den Vorjahren in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen. Ausstellungspapiere sind beim Vorsitzenden Otto Schäfer, Ohorn abzufordern. Anmeldebescheid am 21. November d. J.

Ratibg. (Ein Einbruch) wurde in der Nacht zum Sonnabend in dem Kolonialwarengeschäft von Michael Brönsing verübt. Dem Täter, der einen Fensterladen ausgehoben, aus der Ladentür eine Scheibe herausgeschossen und die Tür dann aufgeriegelt hat, fielen 30 Tafeln Schokolade Marke Ziga, drei Kisten zu je 100 Stück Zigarren Marke Reeperbahn, eine Kiste mit 90 Zigarren Marke „Für Kenner“, eine Flasche Likör „Laubfrosch“ und aus der Ladentür 2 Mark Wechselgeld in die Hände.

Dresden. (Flucht eines Einbrechers.) Am 23. Oktober war in Schlettau der Arbeiter Bohdan Krones, geboren 1906 zu Bratislava, festgenommen und in das Amtsgericht Annaberg eingeliefert worden. Er hatte mit dem 20 Jahre alten Arbeiter Moiss Naska aus Neu-Rosinow und einem 24 Jahre alten Arbeiter Rudolf Navratil aus Znam im Grenzgebiet Einbruchsdiebstähle verübt. Naska konnte bereits Ende August in Prag zur Haft gebracht werden. In einer der letzten Nächte ist Krones aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Annaberg ausgebrochen. Es steht zu vermuten, daß er sich mit dem noch

## Der Bankrott des Dawesplans.

Berlin. Auf der Tagung des deutschnationalen landwirtschaftlichen Reichsausschusses sprach am Sonnabend nachmittags Landtagsabgeordneter Gauger über den neuen Reichsbahntarif und seine Wirkungen. Der Redner forderte für den landwirtschaftlichen Marktverkehr ähnliche Vergünstigungen wie für den sonstigen Berufs- und Sonntagsverkehr. An die Reichsbahn richtete er die Forderung auf äußerste Einschränkung ihrer Ausgaben; zugleich bezeichnete er eine

### Berringerung der Reparationslasten

als notwendig, wenn die Reichsbahn wieder gefunden solle. — In der Aussprache nahm auch Geheimrat Dr. Quack das Wort. Er wies darauf hin, daß die hohen Eisenbahntarife durch die Eisenbahntribune künstlich geschaffen seien. In diesem Punkte sei der Bankrott des Dawesplanes bereits offenbar. Daß das verschleiert würde, sei eine schwere Sünde der deutschen Politik. Als zweiter Redner berichtete Freiherr v. Stauffenberg über die Sozialpolitik.

## Beschlüsse der Unterausschüsse des Verfassungsausschusses.

Berlin. Die durch den Verfassungsausschuß der Länderkonferenz eingesetzten beiden Unterausschüsse traten unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Ausschüsse beschloßen einstimmig, folgende Arbeiten in Angriff zu nehmen:

1. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. 2. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern. 3. Die Organisation der Länder (Landtage, Landesparlamente, Regierungen), unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, und der Einfluß der Länder auf das Reich (Reichsrat). Es wurde in Aussicht genommen, die Referate bis zum ersten Drittel des Januar 1929 fertigzustellen.

## Ehrung Hans Delbrücks durch den Reichspräsidenten.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor Geheimen Regierungsrat Dr. phil. Hans Delbrück zu seinem 80. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen. Der Adlerschild ist eine bronzene Adlerplatte, die auf einem Bronzestiel steht und auf der Rückseite folgende Widmungsinchrift trägt: „Hans Delbrück dem großen deutschen Geschichtsforscher zum 11. 11. 1928. Der Reichspräsident.“

## Abschluß der deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Berlin. Die deutsch-rumänischen Verhandlungen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen den beiden Ländern sind zum Abschluß gekommen. Ein Abkommen ist darüber zwischen der deutschen und der rumänischen Delegation am 10. November im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden. Der wesentliche Inhalt ist, daß Deutschland an Rumänien eine Summe von 75 Millionen in vier Jahresraten zahlen wird, während Rumänien das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum in Rumänien freiläßt und den Anleihefonds für nichtabgestempelte rumänische Kriegsschulden nach einem bestimmten Plan wiederaufnimmt.

flüchtigen Genossen Navratil wieder vereint hat und im Grenzgebiet neue Straftaten begeht.

Friedrichstadt. (Töblicher Unfall.) Hausbewohnern eines Grundstückes in Dresden-Friedrichstadt fiel es auf, daß die Wand eines Stubenbackofens, des 63 Jahre alten verwitweten Böttchers Wolf, recht heiß wurde. Da man diesen Wohnungsinhaber zufällig auch seit zwei Tagen nicht mehr gesehen hatte, wurde die Öffnung der Wohnung veranlaßt. Es stellte sich heraus, daß Wolf an den Folgen eines Unfalles verstorben war. Er ist nachts heimgekommen, hat sich auf dem Gaslocher etwas wärmen wollen, und muß dabei einen Unfall erlitten haben. Er war nach dem Befund mit seinem Kopf gegen eine Kante des Küchenherdes gestiegen. Infolge der reichlich zweitägigen Entwicklung des unvermindert fortbrennenden Gaslocher waren an seinem Körper Blasenbildungen entstanden. Der Leichnam bot einen Anblick, als seien die betreffenden Stellen regelrecht geschmort worden.

Lohmen. (Ein Auto verbrannt.) Auf der Straße von der Wafel nach Lohmen geriet ein Kraftwagen in Brand und verbrannte vollständig.

Sebnitz. (Einbruch in die Güterverwaltung.) In die Rassenräume der Güterverwaltung drangen Einbrecher ein; sie fanden kein Geld, entwendeten aber einige Stempel.

Freital. (Ein Vogelschutzgebiet.) Der Rat hat beschlossen, dem Verein für Vogelschutz ein Stück Flur im Stadtteil Schweinsdorf kostenlos zur Anlage eines Vogelschutzgebietes zu überlassen.

Freiberg. (Vereinigung bürgerlicher Gemeindevorstände.) Hier fand eine Zusammenkunft bürgerlicher Kommunalpolitiker statt. Nach einem Vortrag von Rechtsanwalt Rast-Freiberg wurde die Vereinigung bürgerlicher Gemeindevorstände, Gemeinderäte und Bürgermeister in Stadt und Amtshauptmannschaft Freiberg gegründet.

## Der Dichter der sächsischen Oberlausitz

### Zum 25. Todestag des Schriftstellers Wilhelm v. Polenz

Mit dem vor einem Vierteljahrhundert am 13. November 1903 an den schweren Folgen einer schweren Darmoperation im Stadtkrankenhaus zu Bangen verstorbenen ehemaligen Schlossherrn und Rittergutsbesitzer von Oberlunowalde in der sächsischen Oberlausitz, Friedrich Wilhelm von Polenz, war einer der besten und vielseitigsten oberlausitzischen Heimatdichter aus dem Leben geschieden. Wilhelm v. Polenz, der am 14. Januar 1863 auf Schloß Oberlunowalde geboren ist, besuchte später nach dem Vitzthum'schen Gymnasium in Dresden die Universitäten von Berlin und Leipzig, um dort Rechtswissenschaft zu studieren. Nach seinem einjährigen Freiwilligen Jahr bei den sächsischen Gendarmen, während welcher Zeit von Polenz zu seinem damaligen Vorgesetzten, dem Rittmeister Freiherr von Egib, dem Verfasser einer berühmten tiefgründigen Denkschrift („Erste Gedanken“) in freundschaftliche Beziehungen trat, lebte von Polenz, auf den Friedrich Nietzsche Werke einen starken geistigen Einfluß ausübten, einige Zeit erst in Dresden und später in Berlin, um dann schließlich nach seinem väterlichen Stammsitz Oberlunowalde zurückzukehren. Zunächst war es